GA Königswinter 10. Februar 2016

Schulterschluss zum Materialdepot

Politiker wollen das Eudenbacher Bundeswehrgelände dem Projekt „Chance 7“ überlassen

Das Bundeswehrgelände in Eudenbach ist von Naturschutz- und FFH-Gebieten umgeben. ARCHIVFOTO: ANDREA FERDINAND-STERKER

VON HANSJÜRGEN MELZER

OBERPLEIS. Es kommt nicht oft vor, dass Roman Limbach und Franz-Friedrich Rohmer einer Meinung sind. Am Mittwochabend im Planungs- und Umweltausschuss kam es fast zur Verbrüderungsszene zwischen dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden und dem Sprecher des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Rhein-Sieg. Rohmer hatte gefordert, das Materialdepot der Bundeswehr in Eudenbach nach deren Abzug Ende 2017 der Natur zu überlassen.

„Als wenn wir uns abgestimmt hätten, haben wir in der Fraktion genau das Gleiche gesagt“, stellte Limbach im Ausschuss zur Freude von Rohmer fest. Für ein Werkstattgespräch, zu dem die Verwaltung die maßgeblich an der weiteren Entwicklung beteiligten lokalen und regionalen Akteure einladen wollte, werde keine Notwendigkeit gesehen. Durch den Abschlussbericht von NRW.Urban habe man deutlich die Grenzen des Machbaren aufgezeigt bekommen. Warum solle man also die Verwaltung personell binden ohne ernsthafte Perspektiven. „Warum geben wir das Gebiet nicht der Natur zurück? Ich sehe eine Chance für das Naturschutzprojekt Chance 7“, so Limbach. Lutz Wagner, Fraktionschef der Königswinterer Wählerinitiative (Köwi), erinnerte daran, dass seine Fraktion sich nie für ein konventionelles Gewerbegebiet eingesetzt habe, sondern für ein Modell nach dem Vorbild der Energielandschaft Morbach, wo in dem ehemaligen Bombenlager jetzt regenerative Energien gewonnen werden. „Meinetwegen können wir auch auf ein Werkstattgespräch verzichten und direkt mit den Umweltbehörden sprechen. So ganz ohne Prüfung möchte ich das Thema jedoch nicht aufgeben.“ Rainer Blanke (Grüne) möchte das Depot auch der Natur zurückgeben und betonte, dass man sich möglichst bald Gedanken über einen Pflegeplan für die Biotope auf dem Bundeswehrgelände nach Abzug der Bundeswehr machen müsse. „Darüber sollten wir mit 'Chance 7' sprechen.“ Die Frage sei auch, was mit den Gebäuden passiere. Laut NRW.Urban wird allein der Abbruch der 37 Gebäude, der Rückbau und die Verfüllung des Kanalnetzes sowie der Rückbau der befestigten Flächen fünf Millionen Euro kosten. „Der Bund muss seiner Verpflichtung zum Rückbau nachkommen“, meinte Limbach dazu. Joachim Hirzel (SPD) stimmte der von CDU und Grünen vorgegebenen Linie hundertprozentig zu. Die Verwaltung wurde schließlich beauftragt, Gespräche mit der Unteren Landschaftsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises und den Projektverantwortlichen von „Chance 7“, dessen Träger ebenfalls der Kreis ist, über die Zukunft der Flächen des Materialdepots zu führen.

> ***„Der Bund muss seiner Verpflichtung zum Rückbau nachkommen“***
>
> **Roman Limbach**
> CDU-Fraktion

Über den Rückbau der befestigten Flächen soll mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) gesprochen werden. Sehr skeptisch äußerte sich der Eudenbacher Michael Ridder (Köwi). „Was ich befürchte ist, dass wir heute eine Ruine beschlossen haben“, sagte er. Er erinnerte an die Erfahrung mit der Bima bei vergleichbaren Konversionsprojekten, wo ehemalige Liegenschaften der Bundeswehr in eine zivile Nutzung überführt wurden.

Auch im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises hatte die Fläche des Materialdepots in Eudenbach zwischenzeitlich eine Rolle gespielt, war aber aus den bekannten Gründen dann ausgeschieden. Da der Kreis drängt, hat der Planungs- und Umweltausschuss der Verwaltung jetzt grünes Licht gegeben, zwei von der Arbeitsgruppe „Siedlungsflächenentwicklung“ vorgeschlagene potenzielle Gewerbeflächen an den Kreis zu melden und auf ihre Eignung prüfen zu lassen. Priorität hat dabei eine Fläche, die sich unweit des Gewerbeparks Siebengebirge zwischen Hasenboseroth und Kellersboseroth befindet, rund 13 Hektar groß ist und über die Zufahrt zur Firma Brune erschlossen werden könnte. Eine weitere Fläche liegt nördlich von Vinxel und Stieldorf zwischen den Landesstraßen L 490 und L 83 und ist rund zwölf Hektar groß. Während diese beiden Gewerbegebiete noch Zukunftsmusik sind, hatte der Planungs- und Umweltausschuss bereits im vergangenen September konkret die Weichen für das neue Gewerbegebiet „Oberpleis, Siefen“ gestellt, indem er den Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplans fasste. Die 7,2 Hektar an der L 331, unmittelbar gegenüber dem Gewerbepark Siebengebirge, sind die einzige im Regionalplan für diese Zwecke noch vorgesehene Fläche.